

1. Schreiben an:

Postanschrift: Stadt Hennef · Postfach 1562 · 53762 Hennef

An die

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

im Rat der Stadt Hennef

Frankfurter Str. 97

53773 Hennef

Zentrale Steuerung und Service

Ansprechpartner
Monika Frey

Tel. 0 22 42 / 888 213
Fax 0 22 42 / 888 7213
E-Mail M.Frey@hennef.de
Zentrale 0 22 42 / 888 0
Zimmer 1.07

Sprechzeiten

Mo.-Mi. 8.30-16:00 Uhr
Do. 8.30-17.30 Uhr
Fr. 8.30-12.00 Uhr
weitere Termine nach Vereinbarung

Online www.hennef.de

Mein Zeichen: 100

Datum: 27.07.2007

Entscheidungskompetenz des Stadtentwicklungsausschusses

Sehr geehrte Frau Balansky,
sehr geehrter Herr Gunkel,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 26.07.2007, welches hier am 26.07.2007 eingegangen ist. Ihr Anliegen gehört in den Zuständigkeitsbereich des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses. Ich werde Ihren Antrag in die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung aufnehmen.

Mit freundlichen Grüßen



Klaus Pipke
Bürgermeister

2. Amt 10 – mit der Bitte, eine Sitzungsvorlage zu fertigen.
3. Dez. III – Amt 80 – mit der Bitte, um Kenntnisnahme
4. Der Schriftführerin, Frau Frey, zur Kenntnis
5. Wvl. Einladung HauptA

Bankverbindung:
Sparkasse Hennef 213900 (BLZ 386 513 90)
VB Bonn Rhein-Sieg 3703317013 (BLZ 380 601 86)

Besucheradresse:
Frankfurter Straße 97
53773 Hennef

27/7

E = 26. JULI 2007

FRAKTION IM RAT DER STADT HENNEF

www.gruene.de/hennefRathaus, Raum 1.06
Frankfurter Str. 97

53773 Hennef

Tel.: 02242 - 888 200
Fax: 02242 - 888 7200E-Mail: gruene@hennef.de

Hennef, den 26.07.2007

B'90/DIE GRÜNEN, Fraktion im Rat der Stadt Hennef

An den
Bürgermeister der Stadt Hennef
Herrn Klaus Pipke
Rathaus

53773 Hennef

NO -> 12.7.4

Sehr geehrter Bürgermeister,

hiermit stellen wir folgenden **Antrag** zur Beschlussfassung in der nächsten Sitzung des Rates oder zuständigen Ausschusses:

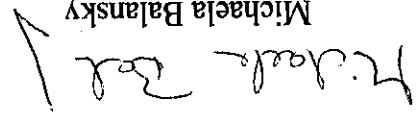
Die Wertgrenze, ab der die Entscheidungskompetenzen des Stadtentwicklungsausschusses gemäß §4 Betriebssatzung der Stadt Hennef für den Eigenbetrieb Stadtentwicklung Hennef greift, wird auf eine Höhe von 50.000 Euro im Einzelfall herabgesetzt.

Begründung: Die Erfahrung der letzten Zeit hat gezeigt, dass bei einer Wertgrenze in Höhe von 150.000 € die nötige Transparenz für den Ausschuss nicht mehr gegeben ist. Zudem ist der Informationsfluss von der Werksleitung zu den politischen Gremien nicht ausreichend, um Entscheidungen bis zur bisherigen Wertgrenze ohne Beteiligung des zuständigen Ausschusses nachvollziehen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

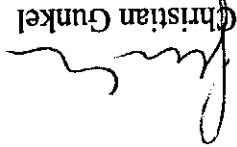
- stellvertretende Bürgermeisterin -

Michaela Balansky



- Fraktionsgeschäftsführer -

Christian Gunkel

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Grüne